Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 289. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag 13. Dezember 1925

In Erwartung.

Der ewige Kreislauf des Jahres geht wieder einmal seiner Vollendung entgegen. Wie unter dem Bann einer magischen Gewalt wenden die Gedanken der Menschen je näher die Tage der Verheißung heranrücken, desto sehnsuchtsvoller sich dem Lichtfest mit seiner uralten und doch niemals veraltenden himmlischen Botschaft zu, die ihnen Erlösung bringen soll in der Finsternis, neue Hoffnung und Zuversicht auf den Sinn des Lebens, auf den Sieg des Göttlichen über die Mächte der Sünde und der Verwirrung.

Wo sind die Zeiten geblieben, da wir dem Winter mit heiterer Gelassenheit entgegensehen konnten, da unsere Scheuern gefüllt und unsere Kleiderschränke wohl geordnet, unsere Kohlenkammern vorsorglich mit Heizmaterial versehen waren, da wir Arbeit hatten für jede fleißige Hand, die sich in Stadt oder Land, in Fabrik oder Werkstatt regen wollte? Da unsere öffentliche und private Hilfstätigkeit lindernd eingreifen konnte überall, wo Not und Krankheit die Nächstenliebe zu umfassender Fürsorge aufriefen? Von diesem Winter insbesondere konnte wohl niemand etwas Gutes erwarten. Seit zwei Jahren liegen die Schrecken der Inflationszeit schon hinter uns und wir glaubten, daß mit der Stabilisierung unserer Währung das Schlimmste endlich überwunden sein werde. Aber was wir heute erleben, unterscheidet sich kaum noch sonderlich von den bittersten Erfahrungen jener trüben Zeit. Rapide anwachsende Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer Weißblutung der Gesamt- wie der Einzelwirtschaft, die nachgerade ungeheure Dimensionen angenommen hat. Die Weisen und Gelehrten in unserer Mitte, die sonst zumeist um die Angabe von Heilmitteln in allen wirtschaftlichen Nöten nicht verlegen sind, wissen diesmal keinen Rat. Allenfalls reden sie, wieder einmal, von der Gesundungskrisis, die wir längst schon überstanden zu haben glaubten, und fügen bedeutungsvoll hinzu, daß sie lange dauern und bis auf den Grund unserer Wirtschaft hinabdringen werde, um dann aber einem wahrhaftigen und endgültigen Wiederaufstieg Platz zu machen. Nun ja, auch eine Heilsbotschaft für diejenigen, die an sie glauben wollen, wenn auch keine tröstliche, da der Weg, den sie uns kündet, durch Verzweiflung und Untergang führt. Da loben wir uns schon die andere Botschaft, deren Licht wir in dieser Adventszeit schon langsam heraufschimmern sehen, deren Wärme die frierenden Seelen schon jetzt allmählich zu lösen beginnt. Harret aus in Sturmgebraus; über ein kleines noch und der göttliche Funke der Liebe wird wieder Macht gewinnen über die Geister und die Gemüter der Menschen.

*

Ob wir freilich bis zum Lichtfest auch die neue Reichsregierung schon bekommen werden, die uns die Parteien wieder einmal schulden, wer will es wissen? Gerade ein Jahr ist es her, daß Deutschland sich in der gleichen oder doch in einer ganz ähnlichen Krisis befand und die Schwierigkeiten, die damals zu überwinden waren, ehe das Reichsschiff wieder zu flotter Fahrt auslaufen konnte, sind heute noch unvergessen. Vorläufig sieht es nicht danach aus, daß diesmal ein rascheres Tempo in der Bewältigung des Zwischenzustandes möglich sein wird, der darin besteht, daß nur ein für die Erledigung der laufenden Angelegenheiten bevollmächtigtes Geschäftsministerium vorhanden ist, ein Ministerium überdies, das in seinem Personalbestand, infolge der bekannten politischen Ereignisse der letzten Wochen, sehr erheblich geschwächt ist. Die Parteien sollen sich, so wenigstens lautet der Wunsch oder die Frage des Reichspräsidenten, in neuer und erweiterter Gruppierung zu einer Koalition zusammenfinden, der man die schweren Sorgen dieses Winters mit einer gewissen Beruhigung anvertrauen könnte. Aber den Parteien fehlt es vor allen Dingen an dem notwendigen gegenseitigen Vertrauen; Zentrum und Demokratie würden allenfalls noch verhältnismäßig leicht miteinander auskommen, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie dagegen stehen sich mit sehr weitgehender Zurückhaltung gegenüber, um kein schärferes Wort für einen Zustand zu gebrauchen, der nach den beiderseitigen Erfahrungen der letzten Jahre ja eigentlich nicht weiter wundernehmen kann. In der Liste von „Voraussetzungen" für ihren Eintritt in die Regierung, mit der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt herausgekommen ist, hat dieses „wachsame Mißtrauen" der Linken einen ungemein bezeichnenden Ausdruck gefunden.

*

Vielleicht sagen sich die Urheber dieser Voraussetzungen, daß mit ihrer Liste nicht viel glimpflicher verfahren werden dürfte als mit der gleichen Zusammenstellung von „Richtlinien", die den deutschen Delegierten auf ihren schweren Weg nach Locarno mitgegeben wurden, und sind zum mindesten heimlich entschlossen, sich auch mit dem, was davon übrigbleiben wird, zufrieden zu geben, wenn erst der Augenblick für die letzte Entscheidung gekommen sein wird. Und wenn selbst eine Verständigung über die sachlichen Schwierigkeiten erreicht werden sollte, so bleiben dann noch die persönlichen Fragen zu erledigen, was ganz gewiß auch nicht mit einer leichten Handbewegung zu machen sein wird. Das vorläufige Ergebnis also: dunkel der Weg, dunkel der Blick in die nächste Zukunft. Dem greisen Feldmarschall an der Spitze des Reiches soll die Erfahrung nicht erspart bleiben, daß es ein anderes ist, eine große Armee zu befehligen, ein anderes, den politischen Apparat eines Landes in Bewegung zu setzen, in dem einander sich direkt entgegenstehende Parteien ausschlaggebend sind.

Dr. Sy.

Noch keine Klärung der Berliner Krise.

Noch kein Auftrag zur Regierungsbildung

Reichspräsident von Hindenburg berief den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, zu sich, um mit ihm über die Berufung zur Regierungsbildung erneut zu beraten. Besonders geschah dies, um die in ihrem Schreiben an den Reichspräsidenten aufgestellten Bedingungen der Sozialdemokratischen Partei für ihren Eintritt in die Regierung zu prüfen. Später wurden auch die Vertreter der anderen für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien empfangen, da durch das sozialdemokratische Programm eine neue Situation geschaffen ist, die eine weitere Klärung notwendig macht, ehe der Reichspräsident Schritte unternimmt. Der Zeitpunkt, an dem der Reichspräsident den Auftrag zur Kabinettsneubildung erteilen wird, wurde noch nicht bestimmt.

Bei den Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Abg. Dr. Scholz soll dieser zum Ausdruck gebracht haben, daß gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie starke Bedenken bestünden, besonders hinsichtlich des Arbeitszeitabkommens. Jedenfalls seien dazu ergänzende Mitteilungen notwendig. Weiter verlautet jedoch, Abg. Dr. Scholz habe erklärt, daß die Deutsche Volkspartei auch nach der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Programms bereit sei, in Verhandlungen über Bildung der Großen Koalition einzutreten.

Stellung des Zentrums.

Das Organ des Zentrums, die Germania, stellt fest, daß für das Zentrum die Beteiligung an einem parlamentarischen Minderheitskabinett nicht in Frage komme, sondern nur eine Mehrheitsregierung, die sich auf die Große Koalition stützen könne. Im Zentrum wird die Auffassung vertreten, daß die Auflösung des Reichstages erfolgen müsse, wenn die Bemühungen um die Große Koalition vergeblich bleiben sollten.

Im Zentrum soll man die Forderung zur Zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfes für nicht sehr ausschlaggebend halten, weil in dem jetzigen Reichstag doch keine Mehrheit für diesen Entwurf vorhanden sei. Neben den Demokraten habe sich auch die Deutsche Volkspartei gegen den Entwurf erklärt. Auch auf die volle Zustimmung der Deutschnationalen sei nicht zu rechnen.

Bedingungen der Sozialdemokraten.

Die von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten und dem Reichspräsidenten übermittelten Bedingungen für den Beitritt der Partei zur Großen Koalition lauten wie folgt:

Offenes Eintreten für die Republik, Abwehr aller monarchistischen Restaurationsversuche. Ratifizierung des Internationalen Abkommens von Washington. Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages. Schleunige Verabschiedung des Gesetzes über Erwerbslosenversicherung. Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge nach den sozialdemokratischen Anträgen im neuen Ausschuß des Reichstages. Handelspolitik mit dem Ziel der Förderung des industriellen Exports. Durchführung des Paragraphen 165 der Reichsverfassung: Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates unter Aufrechterhaltung der Parität der Bezirkswirtschaftsräte und paritätischer Berufskammern. Verschiebung der Mietenerhöhung; Erhöhung des Beitrages für gemeinnützigen Wohnungsbau. Keine Senkung der Besitzsteuern, solange die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer im bisherigen Ausmaß bestehen bleiben. Offenlegung der Steuerlisten zur Milderung des Steuerdrucks. Zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfs. Reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindungen mit rückwirkender Kraft. Baldiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Amerikas Sympathien für Deutschland.

Schacht über seine Amerikareise.

Auf Einladung der Berliner Industrie- und Handelskammer hielt Reichsbankpräsident Schacht einen Vortrag über seine Eindrücke in Amerika. U. a. führte der Reichsbankpräsident folgendes aus: Das Vertrauen in die industrielle Lebensfähigkeit Deutschlands ist in Amerika unerschüttert und insbesondere wird die bei uns vorhandene organische Verbindung von Industrie und Wissenschaft außerordentlich hoch eingeschätzt. Überdies gilt der Deutsche als eine fleißiger und geschickter Arbeiter, als ein zuverlässiger und solider Kaufmann und Bankier. Die ganze geschäftliche Denkweise des Deutschen liegt der des Amerikaners durchaus nahe und bestärkt seine Neigung, mit den Deutschen geschäftliche Beziehungen zu unterhalten. Die Stabilisierung der deutschen Währung wird von den Amerikanern als eine außerordentliche Leistung betrachtet.

Dann sprach der Reichsbankpräsident über die amerikanischen Kredite für Deutschland. Da natürlich die Menge des amerikanischen Kredits begrenzt sei, müsse die deutsche Wirtschaft sparsam damit umgehen und diese Kredite lediglich produktiven Zwecken zuführen. Innerhalb einer vernünftigen Anleihepolitik steht der amerikanische Markt den deutschen Bedürfnissen durchaus zur Verfügung, allerdings zu Zinssätzen, die am deutschen Binnenmarkt der Vorkriegszeit gemessen außerordentlich hoch sind. Auf das nachdrücklichste warnte der Präsident davor, daß deutsche öffentliche Körperschaften in Amerika auf die Geldsuche gehen, um mit diesem Gelde Kreditgeschäfte zu betreiben. Für solche Kreditgeschäfte öffentlicher Körperschaften bringe der Amerikaner nur sehr geringes Verständnis auf. Die derzeitige gesamte Auslandsverschuldung Deutschlands gibt zu Besorgnissen keinerlei Anlaß.

Mit einer Mahnung zur Sparsamkeit und zur Selbstzucht schloß Dr. Schacht seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Von London nach Locarno.

Dr. Stresemann über aktive Außenpolitik.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreisverband Berlin hielt Außenminister Dr. Stresemann eine Rede, in der er es als völlig verfehlt bezeichnete, wenn der Deutschen Volkspartei Vorwürfe darüber gemacht wurden, daß sie darauf bestanden hätte, die Deutschnationale Partei an der Regierung zu beteiligen. Ebenso verfehlt sei es aber auch, ihr vorzuwerfen, wenn sie die Konsequenzen aus der heutigen Lage zöge, nachdem die Deutschnationalen nicht nur durch Ablehnung der Locarnoverträge, sondern darüber hinaus noch durch ihre Anzweiflung der Rechtsgültigkeit dieser Verträge sich selbst von der weiteren Mitarbeit ausgeschlossen hätten.

Anlaß zu der Änderung der politischen Lage habe die Außenpolitik gegeben. Diese Politik habe zum Ziel gehabt die Wiedererringung der deutschen Souveränität. London war die Lösung der Reparationsfrage, Locarno soll die Lösung der politischen Fragen bringen, die zwischen der früheren Entente und uns stehen. Die gegen uns in der Nachkriegszeit geführte Politik war eine Politik der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Verträge von Locarno sollen dieser Politik ein Ende machen, eine Politik des Rechts und des wirklichen Friedens und darüber hinaus die Politik der Verständigung und des gegenseitigen Zusammenwirkens sichern. Die Deutsche Volkspartei werde sich in der künftigen Regierung nur mit Parteien beteiligen die gewillt seien, auf der Grundlage dieser Politik weiterzubauen.

Das Wort „Rückwirkungen" in bezug auf das Rheinlandregime sei vielleicht falsch gewählt, wenn es so verstanden würde, als wenn die Folgerung der Verträge von Locarno sich in ihnen erschöpfe. Die auf Locarno aufgebaute Politik habe selbstverständlich die Herstellung der völligen Freiheit und Souveränität Deutschlands zum Ziel, sie bedeute aber darüber hinaus auch die aktive Betätigung Deutschlands, namentlich in den großen europäischen Fragen.

Die Räumung Kölns.

Köln. Nach Mitteilung des englischen Oberkommandos wird die gesamte Kölner Zone am 31. Januar 1926 geräumt sein. Die Kölner Schutzmannschaft wird in demselben Tempo ergänzt und verstärkt, wie sich der Abzug der englischen Truppen vollzieht.

Schlagwetterkatastrophe in Amerika.

Achtundsechzig Tote.

Auf der „Overton"-Zeche, 12 Meilen südlich von Birmingham, hat sich eine Schlagwetterexplosion ereignet. Die Zahl der ums Leben gekommenen Bergleute beträgt 68, die Zahl der Schwerverletzten 5. 15 Bergleute sind mit dem Leben davongekommen.

Am Eingang der Grube spielten sich erschütternde Szenen ab, als viele der herbeieilenden Frauen und Kinder die Leichen ihrer Männer und Väter erkannten. Die Explosion hatte sich kurz nach Beginn der Tagesschicht ereignet. Die Grube besteht aus sieben Stollen, deren unterster in einer Tiefe von etwa 1000 Meter liegt. Die unverletzt gebliebenen Arbeiter befinden sich im obersten Stollen. Die durch die Explosion angerichteten Verwüstungen und die Gasentwicklung behinderten die Rettungsarbeiten stark. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt. Die Grube war mit den üblichen Sicherheitsvorrichtungen ausgestattet.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF